

B.II.2 – Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsgruppe 1990-1994

Eigentlich geht das nicht – die Unterschiede bis hin zur Sprache sind so groß wie die zwischen der Leipziger Oststadt und dem (West-) Berliner KaDeWe. Und was können acht Neulinge aus dem Osten im routinierten Bonner Polit-Prof-Betrieb schon ausrichten?¹

Das obige Zitat von Reinhard Weißhuhn beschreibt die Stimmung unter den Bürgerbewegten 1990 recht treffend. Die schnelle deutsche Vereinigung war nicht das Ziel, für das die Bürgerbewegungen sich politisch einsetzten. So standen sie der Möglichkeit, sich parlamentarisch einzumischen, erst einmal eher skeptisch gegenüber.

Am 2. Dezember 1990, dem Tag der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl, stellen sich die ostdeutschen Bürgerbewegungen Neues Forum (NF), Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM), Demokratie Jetzt (DJ), Grüne Partei und Unabhängiger Frauenverband (UFV) als Listenverbindung „Die Grünen/Bündnis 90-BürgerInnenbewegungen“ zur Wahl. Sie erhalten im Wahlgebiet Ost 6,1 % der Stimmen. Damit ziehen Gerd Poppe (IFM), Wolfgang Ullmann und Konrad Weiß (DJ), Ingrid Köppe und Werner Schulz (NF), Vera Lengsfeld und Klaus-Dieter Feige (Grüne Partei) sowie Christina Schenk (UFV) ins deutsche Parlament ein.

Die Aktenüberlieferung dieser Abgeordneten gibt Antwort auf die eingangs im Zitat von Reinhard Weißhuhn zur Sprache gebrachte Skepsis eines Erfolgs der Bürgerbewegungen im westdeutschen Parlament. Der Bestand „B.II.2 – Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsgruppe 1990–1994“ dokumentiert die „bewegte“ Zeit nach dem Fall der Mauer und die Arbeit der acht Vertreterinnen und Vertreter der ostdeutschen Bürgerbewegungen im Bonner Parlament.

Trotz der „Selbstgefälligkeit und geistigen Trägheit der Parlamentsmehrheit“² gelingt es den Neulingen, sich den noch funktionierenden Apparat der ehemaligen Grünen Bundestagsfraktion zunutze zu machen und zahlreiche parlamentarische Initiativen auf den Weg zu bringen. Diese verdeutlichen, dass sie die Aufgabe der ostdeutschen Interessenvertretung wahrnehmen, zeigen aber auch, dass sie die Ideen der westdeutschen Grünen in einigen Politikfeldern aufnehmen und weiterentwickeln. Der Versuch der Umsetzung bürgerbewegter Ziele lässt sich u.a. in den parlamentarischen Initiativen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur oder im Stasi-Unterlagengesetz erkennen. Letzteres regelt die Aufbewahrung und den Zugang zu den Unterlagen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, ein Anliegen, das vielen von dieser Behörde bespitzelten DDR-Oppositionellen sehr am Herzen liegt und das bereits am Zentralen Runden Tisch der DDR diskutiert wurde. Die Fortführung der Politik der Grünen belegen z.B. die Initiativen zur doppelten

1 Reinhard Weißhuhn in der Zeitschrift *Bündnis 2000*, Nr. 2/90, S. 8, über die Zusammenarbeit von Bündnis 90 und Die Grünen.

2 Vgl. Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag: *Das blaue Wunder: Unsere Politik von 1990-94*, S. 5.

Staatsbürgerschaft, zum Asylrecht und eine neue Einwanderungspolitik, die das Ausländergesetz von 1990 aufhob.

In anderen parlamentarischen Initiativen kommen Anliegen von Bürgerbewegung und westdeutschen Grünen zusammen. Genannt sei hier die Forderung nach Abschaffung des Paragraphen 218 und die Durchsetzung einer selbstbestimmten Regelung im Umgang mit Schwangerschaftsabbrüchen. Hier treffen sich die Anliegen des UFV, nicht hinter die Praxis in der DDR zurückzufallen, und die langjährigen parlamentarischen Versuche der Grünen.

Die Bundestagsgruppe bringt ebenfalls eine Reihe parlamentarischer Initiativen mit sozialen und arbeitsrechtlichen Anliegen ein, die im Zuge der deutschen Vereinigung zu wichtigen Anliegen der Bürgerbewegung Ostdeutschlands werden. So erscheint die Fülle von Anträgen an einigen Stellen eher als Versuch zur Schadensbegrenzung. Sie zeigen den doch sehr begrenzten parlamentarischen Spielraum nach dem 3. Oktober 1990 auf. Anstelle innovativer Ideen müssen erst Grundbedürfnisse, insbesondere für die Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland gesichert werden, da hier die bisherigen sozialen Absicherungen wegbrechen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Intentionen der einzelnen Bürgerbewegungen, die hier in der Bundestagsgruppe zusammentreffen, oft weit auseinanderklaffen. Augenfällig wird dies in verschiedenen Protokollen der Gruppensitzungen. Neben sachlichen werden auch persönliche Auseinandersetzungen geführt.

Der Versuch, sich mit der außerparlamentarischen Arbeit der Bürgerbewegung abzustimmen, scheint unter dem enormen Zeit- und Arbeitsdruck der Abgeordneten kaum mehr möglich zu sein. Dennoch ist in der parlamentarischen Arbeit der Bundestagsgruppe die Handschrift der Bürgerbewegungen deutlich erkennbar. Im Grundkonsens der Bürgerbewegung Bündnis 90 finden sich viele der Initiativen wieder. Dort lassen sich die Forderungen nach mehr Demokratie, sozialer Gerechtigkeit, Schutz der Minderheiten, Unantastbarkeit des Asylrechts, Aufklärung und Ahndung der Straftaten der SED-Herrschaft, rechtsstaatlicher Regulierung der Marktwirtschaft u.v.a.m. nachlesen.³ Mit der Vereinigung von Bündnis 90 und den Grünen ist der Eintritt in die repräsentative Parteiendemokratie verbunden und die Bürgerbewegung selbst zum Scheitern verurteilt. Überlebt haben Einzelpersonen aus der Bewegung mit ihren Vorstellungen und Zielen. In diesem Zusammenhang steht auch die kontroverse Diskussion um den Assoziationsprozess. Diese wie auch die persönlichen politischen Schwerpunktsetzungen der acht Abgeordneten spiegeln sich in den Unterlagen wider.

Der 24,6 laufende Meter umfassende Aktenbestand der Bundestagsgruppe setzt sich aus Unterlagen der Fraktionsgeschäftsführung (FGF), der Parlamentarischen Geschäftsführung (PGF), der Arbeitskreise und Referate der Bundestagsgruppe Bündnis 90/Die Grünen zusammen. Er beinhaltet nicht die Unterlagen der einzelnen Abgeordnetenbüros selbst. Die Unterlagen der FGF sind nach einem Aktenplan geordnet übergeben worden. Sämtliche Beschlüsse des Gruppenvorstands sind über die Unterlagen und Protokolle in der Ablage der FGF recherchierbar. Über die Akten der PGF sind die parlamentarischen Vorstöße der Bundestagsgruppe dokumentiert, die in den Sitzungswochen behandelt werden, aber auch Initiativen, die von den

3 Grundkonsens der Bürgerbewegung Bündnis 90, in: *Bündnis 2000*, Nr. 21, 1991

Bündnisgrünen favorisiert werden, zu denen aber keine Beratung im Bundestag zustande kommt. Aus dem „Arbeitskreis 1 – Wirtschaft, Ökologie, Arbeit und Soziales“ sind die Unterlagen der Programmkommission Wirtschaft und Ökologie zu nennen, die den gesamten Entstehungsprozess zum entsprechenden Kapitel des Bundestagswahlprogramms 1994 nachvollziehen lassen.



Abb. 10: Die Abgeordneten der Bundestagsgruppe vor den Räumen der Fraktion im Bonner Rheinweg, ca. 1992.

Mit dem „Arbeitskreis 3 – Innen und Recht“ sind die Bemühungen um die Regelung des Umgangs mit den Unterlagen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit überliefert. Sehr deutlich wird hier die beharrliche politische Arbeit von Ingrid Köppe.

Die politischen Aktivitäten zur Neuregelung der Asylgesetzgebung, insbesondere dem individuellen Grundrecht auf Asyl, und der Forderung nach einem Einwanderungsgesetz mit den einzelnen Ausarbeitungen sind im Referat „Einwanderungs- und Asylpolitik“ angesiedelt. In diesen Unterlagen aber auch in den Akten des Referats „Entwicklungspolitik“ wird die Arbeit von Konrad Weiß als asylpolitischem Sprecher und Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit sichtbar.

Die Initiativen im außenpolitischen Bereich, etwa die zum Balkankonflikt, sind dagegen kaum belegt. Grund hierfür sind die fehlenden Unterlagen aus dem „Arbeitskreis 2 – Friedenspolitik, Auswärtiges, Wirtschaftliche Zusammenarbeit“. Dennoch sind einige Unterlagen zum Balkankonflikt und den Hilfsaktionen im Kosovo über Sachakten der Fraktionsgeschäftsführung, der Öffentlichkeitsarbeit der Pressestelle sowie den Vorbereitungen der Schwerpunktthemen zu den Sitzungswochen in der Ablage der Parlamentarischen Geschäftsführung nachlesbar.



Grünes Bulletin

DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG informieren:

Gezählt wird nicht!

Hundert Millionen DM verschleudert

Die geplante Volkszählung gerät zu einer Rieserblamage für die amtierende Bundesregierung. Weit über hundert Millionen DM sind nach Auskunft der Regierung bislang schon in die Volkszählung gesteckt worden. Schon in Auftrag gegebene Zeitungsanzeigen, Plakatköten-Werbung und andere „Volksaufklärungsmaßnahmen“ erwiesen sich nun als voreilig. Nach Ansicht der GRÜNEN IM BUNDESTAG entpuppte sich die „Aufklärung“ der Bürger als erstklassige Volksverdümmung. Die grenzenlose Überheblichkeit der Betreiber würde durch die Verschiebung des Bundesverfassungsgerichtes in grenzenloses Erstaunen verwandelt. Die gigantische Werbekampagne, die die Verfassungskonformität des Volkszählungsgesetzes unter Beweis stellen sollte, erwies sich als wertlos, aber sündteuer für den Steuerzahler.

Verfassungsfeinde — Verfassungsfremde — Verfassungsfreunde

In den vergangenen Wochen und Monaten wurde im Zusammenhang mit der Diskussion um die für den 27. April 1983 vorgesehene Volkszählung den Gegnern dieser vom Staat geplanten Maßnahme häufig der Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit gemacht, insbesondere diejenigen, die, wie zahlreiche regionale Initiativen und DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG zum Boykott der Volksabstimmung aufrufen, mußten sich zum Beispiel vom Bundesinnenminister Zimmermann den Vorwurf gefallen lassen, in Wahrheit ginge es ihnen bei ihren Aktivitäten um „Angriffe auf den demokratischen Rechtsstaat“. Der inzwischen zum Bundestagsabgeordneten der CDU gewählte Freiherr von Heereman überraschte die Öffentlichkeit während des Wahlkampfes mit einer spezifischen Version: Im Gegensatz zu den GRÜNEN, die einen Volksaufstand gegen die Volkszählung wollten, sei er, Heereman, der Auffassung, „daß wir sie brauchen, um festzustellen, wo die Feinde unserer Republik stecken“.

Fortsetzung Seite 8



EIN TRANSPARENT mit der Aufschrift „Herr Kohl! Unterstützung der USA in Nicaragua heißt Mitschuld am Tod Albrecht Pflaums!“ entrollten Petra Kelly (vorne rechts) und Gaby Gotwald, um auf die Ermordung des deutschen Entwicklungshelfers durch rechtsgerichtete Truppen hinzuweisen. Die Herren auf der Regierungsbank legen eine unfreiwillige Schweigeminute ein. (Bild: ap)

In dieser Ausgabe:

- Debatte um die Regierungserklärung 3
- Erklärung zur Stahlikrise 11
- Seveso-Giftmüllskandal 9
- Organisationsplan 13

Abb. 11: Gabriele Gottwald und Petra Kelly (vorne rechts im Bild) bei ihrer „Störaktion“ im Bundestag 1983. Aus *Grünes Bulletin*, Mai 1983